

Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Margaret Wirth

I. Einleitung: Ebenen der Kapitalanalyse

Bei dem Versuch, zu einer Bestimmung der Rolle des Staates im gegenwärtigen Kapitalismus zu kommen, lassen sich in der marxistischen Diskussion gegenwärtig zwei Ansätze unterscheiden. Auf der einen Seite versucht die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus der zunehmenden Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion – zunehmende Abhängigkeit der verschiedenen Bereiche der Produktion voneinander bei Weiterbestehen des Marktes als Regulator der Proportionalität der Produktion, zunehmende Rolle infrastruktureller Voraussetzungen der Produktion etc. – die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Regulierung abzuleiten und die zunehmende Einmischung des Staates in die Ökonomie als Folge dieser Notwendigkeit zu begründen.

Aus dem sehr umfangreichen empirischen Material, das zum Beleg dieser These aufgearbeitet wurde, läßt sich allerdings die vorweg zu stellende Frage nicht beantworten, warum denn der Staat überhaupt und bis zu welchem Grad er bestimmte Funktionen übernehmen kann, was ihn von seiner objektiven Rolle im kapitalistischen Produktionsprozeß und seiner eigenen Struktur her dazu prädestiniert, Funktionen im Reproduktionsprozeß des Kapitals zu übernehmen und welche systematisch ableitbaren Mittel ihm dazu zur Verfügung stehen. Daher gelingt es der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus auch nicht, die Bedingungen und Grenzen dieser „Staatseinmischung“ aufzuzeigen und über die Entwicklungstendenzen des Staatsinterventionismus etwas auszusagen.

In Absetzung von diesem Vorgehen, das man weitgehend als historisch-phenomenologisch bezeichnen muß, auch wenn es mit marxistisch klingenden Allgemeinplätzen wie „Verschärfung der Widerspruch Produktivkräfte – Produktionsverhältnisse“ dekoriert wird, wird versucht, von einer Ableitung der *spezifischen Form* des bürgerlichen Staates und seiner Funktion für die kapitalistische Gesellschaft her dessen Aufgaben für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise *allgemein* abzuleiten, um von da aus die realhistorische Erscheinungsform des Staates und seine Funktionen zu untersuchen. Dieses Vorgehen soll ermöglichen, zwischen allgemeinen Entwicklungstendenzen der Rolle des Staates im Kapitalismus und den historisch-spezifischen Besonderheiten, die diese Tendenzen zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen kapitalistischen Staaten zeigen, zu unterscheiden. Obwohl dieses Herangehen wohl als das methodisch richtige bezeichnet werden muß, hat es bisher nicht viel mehr zutage gefördert als die Kategorie der „allgemeinen Produktionsbedingungen“ und eine additive Aneinanderreihung von Staatsaufgaben, die sich alle irgendwie unter diese Kategorie subsumieren lassen.

Im zweiten Teil meines Referats möchte ich ein paar Frageansätze formulieren, von denen ich meine, daß sie auf diesem Wege weiterführen könnten. Zunächst werde ich aber versuchen zu entwickeln, warum mir die Vorgehensweise der Theo-

rie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen des Staatseingriffs unzureichend zu sein scheint.

Die nun folgenden Überlegungen werden weitgehend metatheoretischer Natur sein. Das ist zum einen darin begründet, daß ich meine, daß wir uns über die von uns verwandten Begriffe klarwerden müssen, bevor wir in die Diskussion einsteigen; ich möchte also versuchen, etwas zu dieser Begriffsklärung beizutragen. Das liegt zum anderen aber am Gegenstand selbst. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ja kein monolithischer Block. In den vielen Schriften über diesen Gegenstand finden sich einander total widersprechende Aussagen; wenn man sich auf die eine Schrift bezieht, wird einem die andere entgegengehalten. Das liegt wohl nicht nur an der Lebendigkeit der wissenschaftlichen Diskussionen, sondern auch daran, daß mit den Grundprämissen dieser Theorie sich offensichtlich völlig verschiedene Einschätzungen verbinden lassen. Damit stellt sich aber notwendig die Aufgabe, zunächst nicht die realhistorischen Aussagen der Theorie, sondern deren theoretische Prämissen nach den Gründen für solche Divergenzen zu befragen. Um ein Beispiel zu nennen: wenn Lenin aus der Tendenz der Monopole zu Fäulnis und Gewalt die Fesselung der Produktivkräfte und die Unausweichlichkeit von Kriegen ableitete, die Theorie des stamoKap aus den *gleichen* Tendenzen heute den technischen Fortschritt und die friedliche Koexistenz ableitet, dann erhebt sich notwendig die Frage nach der Aussagekraft solcher Tendenzbestimmungen. (1)

Grundthese der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es, daß eben dieser staatsmonopolistische Kapitalismus eine neue Phase in der Entwicklung des Kapitalismus darstelle, deren wesentliche Bestimmungen es theoretisch neu – wenn auch ausgehend von der Leninschen Imperialismustheorie – zu erarbeiten gelte. Wenn nun eine marxistische Theorie – und als solche versteht sich die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus – Spezifika einer solchen „neuen Phase“ der Entwicklung des Kapitalismus darstellen will, dann muß sie Aussagen darüber machen können, in welcher Form die allgemeinen Bestimmungen des Kapitals, wie sie von Marx im „KAPITAL“ entwickelt worden sind, heute erscheinen. D.h., es gilt zu unterscheiden zwischen diesen allgemeinen Bestimmungen und der Form, in der sie sich jeweils konkret-historisch darstellen.

Diese allgemeinen Bedingungen sind als Bedingungen der Reproduktion des Kapitals zum einen qualitative.

Reproduktion des Kapitals heißt Reproduktion der stofflichen Elemente, die in seine Produktion eingehen: also Reproduktion des konstanten Kapitals, Reproduktion des Lebensunterhalts der Arbeiterklasse und Reproduktion von Mehrwert in einer stofflichen Form, in der es für die Akkumulation nutzbar gemacht werden kann. Diese Reproduktionsbedingungen *erscheinen* aber als rein quantitative. Da das Kapital sich auf sich selbst nur als Wert, d.h. als Quantität beziehen kann,

-
- 1) In der Diskussion wurde mir entgegengehalten, daß ja auch schon Lenin beides gesagt habe. Wenn allerdings eine Theorie so formuliert ist, daß ihre Aussagen im Sinne von „sowohl-als-auch“ widerspruchsfrei und problemlos auf alle historischen Erscheinungen „passen“, dann ist die Frage nach ihrer Aussagekraft für konkrete Analysen wohl zulässig: letztlich reduziert sich damit die Marxsche Kategorie des Widerspruchs auf ein pluralistisches „einerseits – andererseits“.

kann es sein eigenes Produkt auch nur als Wert beziehen auf den vorher vorhandenen Wert, d.h. als Profit auf das vorgeschossene Kapital.

Aus dem Anspruch des Kapitals auf gleiche Verwertung ergibt sich *logisch* die Kategorie des Durchschnittsprofits. Auf jedes Kapital – als Quantität betrachtet – muß im Zusammenhang der Gesamtproduktion ein prozentual gleicher Anteil des gesellschaftlichen Reichtums fallen: „ . . . jeder Kapitalist (betrachtet) der Klasse der Kapitalisten gegenüber sein *Kapital* als Quelle eines gleich großen Profits, wie ihn jedes andre Kapital von gleicher Größe macht . . . “. (2)

Die quantitative *Erscheinungsform* des Werts wird mit den qualitativen *Voraussetzungen* seiner Reproduktion vermittelt über die *Konkurrenz*, in der sich für das einzelne Kapital herausstellt, ob das, was es zu unter für es selbst quantitativ angemessenen Gesichtspunkten produziert hat, auch den qualitativen, gebrauchswertmäßigen Anforderungen der Gesellschaft entspricht. Die Konkurrenz bringt somit nur zum Ausdruck, was im Begriff des Kapitals selbst liegt: Daß es auf der einen Seite – als Wert – gleichgültig ist gegen den Gebrauchswert der von ihm hergestellten Waren; daß es auf der anderen Seite – als Produzent konkreter Gebrauchsgüter – verwiesen werden muß, gewaltsam, von außen, auf die stofflichen Zusammenhänge der Produktion und Reproduktion der Gesamtgesellschaft.

Stoffliche Reproduktion, angemessene Verwertung des Einzelkapitals und Konkurrenz als *Vermittlung zwischen* beiden Anforderungen sind also logisch auf der *allgemeinen* Ebene sich ergebende Formen der Reproduktion des Gesamtkapitals.

Auf einer *zweiten* Ebene kann nun untersucht werden, wie sich die dem Kapitalbegriff inhärenten Bestimmungen unter je verschiedenen konkreten Bedingungen durchsetzen. Bekanntlich hat Marx dies nicht getan: Er hat nur verstreute Andeutungen darüber gemacht, wie die von ihm logisch entwickelten Bestimmungen sich tatsächlich durchsetzen, welche Formen sich dabei herausbilden können. In solchen Zusammenhängen taucht der für die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zentrale Begriff des *Monopols* auf: als spezifische *Form der Konkurrenz*, als Form, in der die einzelnen Kapitale sich selbst aus dem allgemeinen Prozeß der Angleichung der Profitrate herauszuhalten versuchen. Dieser Prozeß ist aber diesen Verhaltensweisen logisch vorausgesetzt: wenn es keine notwendige Tendenz zur Angleichung der Profitraten gäbe, bräuchten sich die einzelnen Kapitale nicht so anzustrengen, sich davon zu befreien. Die auf *dieser* Ebene anzudehlnde Unterscheidung zwischen „freier“ Konkurrenz und Monopol – als Bezeichnung für unterschiedliche Bedingungen, unter denen die Bewegung zum Ausgleich der Profitrate stattfindet – ist dann nicht mehr als qualitative, sondern nur noch als graduelle sinnvoll; denn die Profitrate kann sich *real nie* „ungehindert“ durchsetzen. Die Frage ist immer nur, welche Mittel ein einzelnes Kapital mobilisieren kann, um sie daran zu hindern; und eine wiederum ganz andere Frage ist, ob es die Rückwirkungen des Falls der Profitrate auf sich selbst mit solchen Mitteln tatsächlich *erreicht*.

Damit komme ich zu der *dritten Ebene*, die von der der „Durchsetzung“

2) Karl Marx, Theorien über den Mehrwert Bd. 2, S. 63, MEW 26,2

der allgemeinen Bestimmungen des Kapitals wiederum unterschieden werden muß: die Ebene der tatsächlichen Aktionen der Individuen als Subjekte. Der Kapitalist als „mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital“ erscheint auf der Oberfläche als Subjekt mit freiem Willen; in den Aktionen der freien Subjekte setzen sich die objektiven Anforderungen der Kapitalverwertung durch. Damit der Kapitalist sich als Charaktermaske des Kapitals seiner Bestimmung gemäß verhalten kann, muß er als Subjekt im Rahmen dieser Bestimmung Entscheidungsfreiheit haben; er muß sich, unter den wechselnden Konstellationen der Konkurrenz, je verschieden entscheiden können.

Dasselbe gilt für den Arbeiter als Charaktermaske der „freien Lohnarbeit“. Die „Freiheit des Subjekts“ ist damit notwendiger Bestandteil der Reproduktion des Kapitals.

Die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft kann nun zunächst nur von dieser erscheinenden Bewegung – als dem einzig sichtbaren – ausgehen; ihre Aufgabe besteht darin, in den Aktionen der Subjekte die reale Bewegung ausfindig zu machen. Die eigentliche Schwierigkeit der konkrethistorischen Analyse beginnt da, wo versucht werden soll, ausgehend von den real erscheinenden Phänomenen die dahinter liegende „objektive Entwicklung“ des Kapitalverhältnisses zu dechiffrieren. Dennoch liegt in dem Festhalten an der Differenz zwischen der Erscheinung und dem, was erscheint, die einzige Möglichkeit, in der Analyse realer Prozesse mehr zu leisten als eine Aneinanderreihung von Phänomenen.

Meine *Hypothese* ist nun, daß in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Unterscheidung zwischen *allgemeinen* Bestimmungen des Kapitals, realen *Durchsetzungsformen* und *Erscheinungsweise* dieser Durchsetzung verlorengegangen ist. Die Theorie hat sich damit außerstande gesetzt, mehr zu tun als die jeweils auftretenden Phänomene empiristisch nachzuzeichnen und sie dann Marxschen Kategorien auf der allgemeinsten Ebene zuzuordnen. Sie kommt damit zu einer Tautologisierung der Marxschen Theorie, die alles Bestehende als notwendig aus dem Begriff ableitbar erklären muß, damit aber in Gefahr gerät, die jeweils auftretenden Erscheinungen zu allgemeinen Etappenbestimmungen zu überhöhen.

II. Zentrale Theoreme

der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht von zwei zentralen Theoremen aus:

1. Der Kapitalismus bewegt sich nicht mehr seiner eigenen Basis gemäß; er ist sterbender, verfaulender Kapitalismus, Kapitalismus, der seine letztmögliche Form erreicht hat und deshalb bald „abtreten“ muß. Dr. Katzenstein hat dies verschiedentlich zum Ausdruck gebracht: der Kapitalismus „befindet sich im Stadium seiner Ablösung“; „das Kapitalverhältnis wird direkt und unmittelbar zu einer Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte.“
2. Die gegenwärtig zu beobachtende „zunehmende Rolle des Staates“ ist ein Indiz für diese Tatsache; d.h. die Staatseingriffe bringen zum Ausdruck, daß der Kapitalismus ihm selbst fremde Elemente in sich aufnehmen muß. Als solche fremden Elemente werden die ökonomischen Funktionen des Staates begriffen: der

Staat durchbricht „die sich aus dem eigentlichen inneren Mechanismus des Kapitalismus ergebende Verteilung des Nationaleinkommens.“ Weil sich „das Kapitalverhältnis als absolute Schranke für die Entwicklung der Produktivkräfte“ zeigt, muß der Staat eingreifen.

Ich möchte diesen Theoremen zwei Gegenthesen entgegenstellen:

1. *Logisch*, aus dem Kapitalbegriff heraus, gibt es keine „absolute“ Schranke des Kapitalismus, gibt es keinen Punkt, an dem gesagt werden kann, er könne sich nicht mehr weiterentwickeln. Die „objektive Schranke des Kapitals“ ist das Kapital selbst, als Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Das ist aber ein Satz, der abstrakt immer gilt: konkret werden kann diese Schranke nur in der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. Solange diese revolutionäre Aktion nicht stattfindet, entwickelt sich der Kapitalismus weiter, wenn sich auch die Formen dieser Entwicklung ändern. Will man eine andere *historische* Schranke des Kapitals ableiten, so gerät man zwangsläufig in den Widerspruch, in dem sich auch die Theorie des stamKap befindet: auf der einen Seite die Überlebarkeit des Kapitals konstatieren zu müssen, auf der anderen Seite festzustellen, daß die Arbeiterklasse dies gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße realisiert. Damit kommt die Theorie in den Zwang, einen deus ex machina einführen zu müssen, der die tatsächlich schon notwendige und mögliche Aufhebung des Kapitalverhältnisses verhindert. Begreift man allerdings das Bewußtsein der Arbeiterklasse *wie diese selbst* als Teil des Kapitalverhältnisses, wird man darauf verwiesen, die konkreten Bedingungen der Überwindung des Kapitalismus immer neu zu untersuchen, statt sich auf das Postulat der „objektiven Überlebarkeit“ zu berufen.
2. Die ökonomischen Funktionen des Staates sind nicht dem Kapitalismus „fremde“ Elemente, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen notwendige Formen der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses, also Bestandteil des Kapitalverhältnisses. Die Vorstellung, die Funktionen des Staates lägen irgendwo „außerhalb“ des „eigentlichen“ Prozesses der Kapitalverwertung begreift den Staat schon als von der „Wirtschaft“ getrennte Organisation politischer Herrschaft. Der Staat als bürgerlicher Staat ist aber integraler Bestandteil des Kapitalverhältnisses; nur deshalb kann er auch überhaupt in die Ökonomie „eingreifen“. Diese Form des Staates selbst und die sich daraus ergebenden Bezüge zur Ökonomie müssen also zuerst entwickelt werden, bevor konkret-historische Erscheinungsformen des Staatseingriffs analysiert werden können.

Zu 1.:

Die These, das Kapital befinde sich im Stadium seiner Ablösung, könne sich nur noch mittels außerökonomischer Gewalt am Ruder halten — „das System kann sich nur noch auf politische Gewalt stützen und verlangt daher die politische Aktion zu seiner Überwindung“ (3) — geht zurück auf die Imperialismusanalyse Lenins. Da die *Grundstruktur* der Argumentation, basierend auf dem Monopolbe-

3) Peter Hess, Der Kapitalismus und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts, In: Wirtschaftswissenschaft Jg. 15/1967, Heft 6, S. 999

griff, sich seit Lenin nicht geändert hat, — wenn auch die Schlußfolgerungen heute andere sind — stelle ich sie an seiner Analyse dar. (4)

Lenin faßt den Imperialismus als Phase des Kapitalismus in folgenden Bestimmungen:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals zum Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie ...; 3. der Kapitalexport ... gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände ..., und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (5)

Das Monopol ist Folge und Form der Konzentration des Kapitals, die Zusammenfassung großer Kapitalmassen in der Hand weniger Kapitalisten, die damit die Möglichkeit erhalten, den Markt zu beherrschen und die Preise zu diktieren: „es ist dem Allgemeinbewußtsein inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, daß große Teile des Wirtschaftslebens der *freien Konkurrenz* regelmäßig entzogen sind.“ (6) „Die Kartelle und Truste vereinigen vielfach 7 bis 8 Zehntel der Gesamtproduktion des betreffenden Industriezweiges in ihren Händen ... Das auf diese Weise entstehende Monopol gewährleistet Riesengewinne ...“ (7) „Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen.“ (8) „Das *Herrschaftsverhältnis* und die damit verbundene Gewalt — das ist das Typische für die „jüngste Phase in der Entwicklung des Kapitalismus“ (9). „... das Monopol, das in *einigen* Industriezweigen entsteht, verstärkt und verschärft den chaotischen Charakter, der der *ganzen* kapitalistischen Produktion in ihrer Gesamtheit eigen ist.“ (10)

Zwei Bestimmungen des Monopols lassen sich dieser Analyse entnehmen:

a) das Monopol wird als *Gegensatz* zur freien Konkurrenz, wenn auch *nicht* diese beseitigend, begriffen; b) das Monopol wird als *Herrschaftsverhältnis* bestimmt, aufgrund dessen das blinde Wirken des Wertgesetzes *partiell* aufgehoben werden kann.

Es stellt sich nun die Frage, auf welcher Ebene der Logik des Kapitals der Begriff „Monopol“ angesiedelt ist. Als Gegensatz zur Konkurrenz scheint Lenin ihn als allgemeine Kategorie der ökonomischen Analyse zu verwenden. Als Bezeichnung eines Herrschaftsverhältnisses kann dieser Begriff nur der Ebene zugeordnet

- 4) Um einem Mißverständnis vorzubeugen: es geht hier nicht um eine vollständige Darstellung und Interpretation der Leninschen Imperialismustheorie, sondern um den Ausweis einiger Punkte, an die die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — zu Recht oder Unrecht — anknüpft.
- 5) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke Bd. 22, S. 189-309, S. 270 f.
- 6) a.a.O., S. 206
- 7) a.a.O., S. 207
- 8) a.a.O., S. 210
- 9) a.a.O., S. 211
- 10) a.a.O., S. 212

werden, auf der die Charaktermasken des Kapitals tatsächlich als Subjekte des ökonomischen Prozesses erscheinen, d.h. der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft.

a) Monopol als ökonomische Kategorie

Im 3. Band des „KAPITAL“ erscheint das Monopol immer als Ausnahmefall des Durchbrechens der „reinen Formen“, in denen sich das Wertgesetz durchsetzt – immer unter der von Marx für seine Analyse im „KAPITAL“ gemachten Voraussetzung: „In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen ...“ (11) Diese reine Form, in der sich das Wertgesetz durchsetzt, ist nun in der Tat die „freie Konkurrenz“ als *Abstraktion* von allen Hindernissen, die der Herstellung der Durchschnittsprofitrate im Wege stehen könnten. Das heißt: um darstellen zu können, was „Konkurrenz“ allgemein heißt, d.h. wie unter der Voraussetzung der vielen Kapitale diese in ihrer Bewegung die Gesamtproduktion des Kapitals leisten, muß Marx von der Annahme ausgehen, daß diese Kapitale sich in der Tat „frei“ aufeinander bewegen können. Die „freie Konkurrenz“ ist also eine *Abstraktion*, die reine Form der Bewegung der Kapitale. *Allgemein* bezeichnet der Begriff Konkurrenz aber diese Bewegung *überhaupt*; nämlich den Zwang des Kapitals, sich zu verwerfen, seine *Abhängigkeit* vom Gesamtzusammenhang der Reproduktion und die *Form*, der sich das einzelne Kapital auf diesen Gesamtzusammenhang bezieht: indem es versucht, für sich möglichst viel herauszuschlagen, darin aber durch die anderen Kapitale beschränkt wird.

Einerseits meint Konkurrenz also die *Form*, in der die Einzelkapitale aufeinander wirken; zugleich aber ist in der Herstellung der Durchschnittsprofitrate vorausgesetzt, daß die Einzelkapitale tatsächlich „frei“ aufeinander wirken. Innerhalb dieses Prozesses kommt es immer wieder zu „zufälligen“ Monopolen, d.h. „das Monopol, das dem Käufer oder Verkäufer erwächst aus dem zufälligen Stand von Nachfrage und Angebot.“ (12)

Der Begriff „freie Konkurrenz“ bezeichnet also eine spezifische Art dieses Aufeinanderwirkens, nämlich die, in der real wird, daß auf jedes Kapital nur der Durchschnittsprofit fällt. Nun ist die Herstellung der Durchschnittsprofitrate ohnehin nur als Tendenz zu fassen, deren Durchsetzung nur in der *reinen* Darstellung – also unter Abstraktion von möglichen anormalen Verläufen – wirklich erscheinen kann. Diese *Tendenz* ergibt sich aber schon aus dem Begriff des Kapitals als selbstverwertendem Wert, nicht erst aus der Konkurrenz als nach außen gekehrte Natur

-
- 11) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25, S. 152 Die Kontroverse mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus muß an der Frage ansetzen, was Marx hier mit „wirklichen Verhältnissen“ meint: die realhistorische Situation des „Konkurrenzkapitalismus“, die dem Begriff der „freien Konkurrenz“ entsprechen, so daß der Monopolkapitalismus eben nicht mehr „dem Begriff“ des Kapitals entspricht; oder die „wirkliche“ innere Natur des Kapitals, die es zunächst allgemein darzustellen gilt, bevor historische Besonderheiten analysiert werden können.
- 12) a.a.O., S. 187

des Kapitals. Denn Kapital als Wert kann überhaupt nur quantitativ gefaßt werden; das Beziehen des Kapitals auf sich selbst als Wert hat zur Folge, daß jedes Kapital beansprucht, mindestens sich ebenso gut zu verwerten wie jeder andere Teil des gesellschaftlichen Wertes. Was sich *historisch ändert*, sind die *Formen*, in denen jedes Kapital versucht, den Durchschnittsprofit zu erreichen oder sich der Reduktion seines Profits auf den DP zu entziehen; *subjektiv* stellt sich die Tendenz gleicher Verwertung immer dar in dem Versuch, mehr zu ergattern als die anderen.

Das Monopol ist *eine* Form dieses Versuchs, ist eine *Erscheinungsform der Konkurrenz* und ist außer durch die Konkurrenz auch nicht zu klären.

Die Aussage, das Monopol löse die „freie Konkurrenz“ ab, stehe im Gegensatz zu ihr, ist also zumindest *mißverständlich*; sie impliziert, daß die „freie Konkurrenz“ nicht eine logische Abstraktion, sondern eine tatsächliche *historische Phase* der Kapitalentwicklung ist, daß also Marx im 3. Band nicht die allgemeinen Bestimmungen des Kapitals als Kapital entwickelt habe, sondern *eine Phase* des Kapitalismus real analysiert habe, so daß nun diese Analyse ergänzt werden müsse durch neue Bestimmungen auf der *allgemeinen* Ebene.

Wenn Konkurrenz = Ausdruck des Wertgesetzes gleichgesetzt wird mit Konkurrenz = *reale* Aktionsweisen der Einzelkapitalisten auf dem Markt, und dann noch die „ideale Form“ der Durchsetzung des Wertgesetzes verwechselt wird mit einer *Phase* des Kapitalismus, dann steht das Monopol in der Tat „neben und außerhalb“ der freien Konkurrenz. Dann kann man auch, wie Lenin, zu der Aussage kommen: „Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie ... liegen weit zurück.“ (13)

b) Monopol als Herrschaftsverhältnis

Lenin begründet die „Verwandlung von Konkurrenz in Monopol“ (14) damit, daß die Anzahl der Großbetriebe zunimmt; diesen aber „fällt es leicht, sich untereinander zu verständigen.“ (15) Damit wird die Aufhebung der Konkurrenz als abhängig vom Willen der Subjekte statt als Form der Durchsetzung des Wertgesetzes begriffen. Das Monopol wird als Ergebnis bewußter Organisation der Produktion – wenn auch noch „im Privatinteresse“ – gefaßt. Offensichtlich steckt dahinter die Vorstellung, daß das „blinde Wüten des Wertgesetzes“ nicht seinen Grund in der Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert hat, sondern darin, daß in der zersplitterten Produktion von Kleinkapitalisten „der Markt“ nicht überblickt werden kann. Entscheidende Grundlage der Krisen im Kapitalismus ist demnach die „Anarchie des Marktes“; Lenin leitet also „im Widerspruch zu Marx die Krisen nicht aus dem tendenziellen Fall der Profitrate her, ... sondern aus der Unordnung der Produktion“: (16)

„Es ist davon auszugehen, daß Lenin Monopol und Finanzkapital in seiner

13) Lenin, Der Imperialismus ..., a.a.O., S. 195

14) a.a.O., S. 201

15) ebda.

16) Christel Neusüss, Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals, S. 88, Erlangen 1972

Imperialismusanalyse deshalb als Zeichen der Überlebtheit des Kapitalismus und als Grundlage seines Übergangs zu einer neuen Gesellschaftsformation bezeichnet, weil er an diesen Formen des Kapitals entscheidende Momente der Aufhebung des anarchischen Charakters der Produktion und Zirkulation der Waren zu entdecken glaubt.“ (17)

Wie kommt Lenin nun zu dieser Betrachtungsweise der kapitalistischen Entwicklung?

In seiner Auseinandersetzung mit den Narodniki will Lenin nachweisen, daß „das Phänomen der Überproduktionskrisen nicht aus der Schwierigkeit der Realisierung, sondern aus der Planlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeleitet werden müsse.“ (18) Er bedient sich dazu der *Reproduktionsschemata*. Dabei verwechselt er die dort entwickelten abstrakten Gleichgewichtsbedingungen mit einer Darstellung des realen Prozesses der Realisierung und reduziert damit das Problem der Krisen im Kapitalismus auf die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung als Disproportionalität zwischen verschiedenen Kapitalzweigen. Diese Ungleichmäßigkeit umfaßt auch die Notwendigkeit des begrenzten Konsums der Massen, die damit zu einem Unterfall der Disproportionalität wird. Da Lenin die Reproduktionsschemata als „Beweis“ für die mögliche proportionale Entwicklung im Kapitalismus begreift, liegt für ihn der Grund für die tatsächlich disproportionale Entwicklung in der isolierten Organisation der Einzelkapitale, ihrer Unfähigkeit, den Markt zu überblicken und ihrem „privaten“ Interesse an möglichst hohem Profit.

Nicht, daß das Kapital ständig gezwungen ist, die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen, um sich zu verwerten, auf der anderen Seite aber beschränkt ist durch die gesellschaftliche Konsumtionskraft, ist hier die Schranke des Kapitals, sondern die Anarchie des Marktes. Tatsächlich ist aber diese Anarchie des Marktes nicht *Ursache* der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, sondern nur ihr Ausdruck; die Ursache liegt in den Schranken, die das Kapital als sich verwertender Wert sich selbst setzt: „da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach der Stufenleiter der Produktion einrichtet, nicht umgekehrt, so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumtion auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt.“ (19)

Bei Lenin erscheint das „Interesse“ des Einzelkapitals an Profit nicht mehr als Ausdruck des Hinausstrebens über die immanenten Schranken des Kapitals, sondern nur noch als individuelles Motiv; denn die Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen erscheint nur noch als Ergebnis ihrer äußerlichen Getrenntheit, nicht mehr als Ausdruck der inneren Natur des Kapitals, aus Wert mehr Wert zu machen. Da die Anarchie des Marktes Ausdruck der Zersplittertheit der Produktion ist, wird diese dann notwendig auch tendenziell überwunden, wenn die einzelnen Kapitale größere Teile des Marktes überblicken können. In diesem Zusammenhang gewinnt

17) a.a.O., S. 90f.

18) Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital“, Bd. II, FFM 1968, S. 557

19) Karl Marx, Theorien über den Mehrwert Bd. III, MEW 26,2, S. 285

Begriffliche und methodische Probleme

dann auch die Kategorie der „Herrschaft der Monopole“ ihre Bedeutung. Lenin schreibt: „Wenn aus einem Großbetrieb ein Riesenbetrieb wird, in dem planmäßig, aufgrund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials ..., die Beförderung dieses Rohstoffs ..., die Verarbeitung des Materials ..., die Verteilung dieser Produkte ... nach einem einzigen Plan geschieht ..., – dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer *Vergesellschaftung der Produktion* zu tun haben ..., daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine *Hülle* darstellen, die ihrem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis geraten muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird.“ (20) Diese Hülle ist aber nicht das Wertgesetz, sondern die „Privatproduktion“, d.h. die noch „privat“ zusammengefaßten Teile einer schon gesellschaftlichen Produktion. Damit wird zum Hauptwiderspruch der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung: „Ihrem Inhalt nach aber ist diese Verteilung der Produktionsmittel keineswegs „allgemein“ sondern „privat“, sie ist den Interessen des großen – in erster Linie des allergrößten, monopolistischen – Kapitals angepaßt, das unter Verhältnissen operiert, wo die Masse der Bevölkerung ein Hungerdasein fristet ...“ (21)

Die Erscheinungsform – immer weniger verfügen über immer mehr – wird zum Inhalt der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus; die Schrecken des Imperialismus werden zum Resultat individueller Bösartigkeit von Personen, die die Produktion beherrschen. Der Begriff der „Privatheit“ ist nicht mehr subjektiver Ausdruck der Verkehrung des Zwecks der Produktion, sondern eigentliches Konstituens des Kapitalverhältnisses; nicht das Kapital herrscht – auch noch über die Monopole in der Konkurrenz – sondern die Monopole herrschen.

In dieser Subjektivierung des Kapitalbegriffs ist die Differenz zwischen der erscheinenden, und in den angegebenen Grenzen auch *realen*, Entscheidungsfreiheit des Subjekts und der Möglichkeit, mittels dieser Entscheidungen auch tatsächlich die Ziele des Subjekts erreichen zu können, verschwunden. Wenn nicht mehr das Kapital herrscht, sondern die Monopole, und damit implizit die Monopolisten, geht der in dieser Entscheidungsfreiheit immanente Widerspruch zwischen den sich hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzenden Notwendigkeiten der Gesamtreproduktion – wie oben entwickelt – und dem individuellen Interesse an Profitmaximierung verloren. Der Widerspruch muß dann diesen Monopolen äußerlich hinzuaddiert werden, als allgemeiner, inhaltsleer gewordener Widerspruch Produktivkräfte – Produktionsverhältnisse oder als Gegensatz Monopole – Volk; der aber nicht mehr aus dem Kapital selbst – als begrifflichem Widerspruch von lebendiger und toter Arbeit – sondern nur noch aus „allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen“ abgeleitet werden kann.

Deutlich wird dies m.E. an der in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbreiteten These, eine kleine Gruppe von Finanzoligarchen beherrsche das ganze übrige Volk. Basis der Herrschaft dieser weniger ist das zinstragende Kapital; also die von Marx entwickelte „letztmögliche“ Form des Kapitals.

Lenin, Der Imperialismus, a.a.O., S. 308
a.a.O., S. 220

(22) Die damit einhergehende Verwandlung der Masse der Bevölkerung in Lohnabhängige biete zugleich die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus; erleichtert werde diese Überwindung dadurch, daß in den im Staatsapparat konzentrierten ökonomischen Funktionen schon Vorformen gesellschaftlicher Planung enthalten seien, die es im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen gelte.

Nun ist sicherlich das zinstragende Kapital die „logisch“ letztmögliche Form des Kapitals: als höchste Form der Abstraktion von der realen Basis des Reichtums, der Produktivkraft der Arbeit:

„Der Zins an sich drückt gerade das Dasein der Arbeitsbedingungen als Kapital, in ihrem gesellschaftlichen Gegensatz zur Arbeit, und in ihrer Verwandlung in persönliche Mächte gegenüber der Arbeit und über die Arbeit aus. Er stellt das bloße Kapitaleigentum dar als Mittel, sich Produkte fremder Arbeit anzueignen. Aber er stellt diesen Charakter des Kapitals dar als etwas, daß ihm außerhalb des Produktionsprozesses zukommt und das keineswegs das Resultat der spezifisch kapitalistischen Bestimmtheit dieses Produktionsprozesses selbst ist. Er stellt es dar, nicht im direkten Gegensatz zur Arbeit, sondern umgekehrt, ohne Verhältnis zur Arbeit ...“
(23)

Daß aber das Kapital diese höchste Form des abstrakten Werts herausbildet, also die schärfste Trennung der Bewegung des Wertes vom Gebrauchswert, sagt über den historischen Zeitpunkt, zu dem die im Gefolge dieser Trennung produzierten Krisen zur Expropriation der Expropriateure führt, zunächst nichts aus.

Es ist nämlich keineswegs so, daß mit der Entfaltung des Widerspruchs zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, der Ablösung der Bewegung des Werts von seiner Basis, auch notwendig das Bewußtsein dieses Widerspruchs wächst. Im Gegenteil: je mehr Formen des Kapitals zu seiner logisch ursprünglichen Form im unmittelbaren Produktionsprozeß hinzu entwickelt werden, desto mehr verschleiert sich den Akteuren die reale Basis der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums. Paradigmatisch findet sich dies von Marx dargestellt an den Folgen, die die Trennung des Kapitaleigentümers von der Verfügungsgewalt für das Bewußtsein der Produzenten hat: in seiner letzten Form, als zinstragendes Kapital, produziert das Kapitalverhältnis der Schein der Trennung des auf technisch rationaler Basis ablaufenden Arbeitsprozesses von den abgehobenen „Kapitalverwertungsinteressen“ eines Häufleins von Kapitalmagnaten; zugleich erscheinen alle, die ein Einkommen aus ihrer Tätigkeit in diesem Arbeitsprozeß erhalten, als gleichberechtigte Einkommensbezieher. (24) Es scheint also nur mehr nötig zu sein, dies Häuflein Finanzkapitalisten zu beseitigen, um den Arbeitsprozeß in seiner technisch rationalen Form zu etablieren. Im Begriff des Monopols als Herrschaftsverhältnis reproduziert die Theorie des stamokap diese von Marx dargestellte letzte Form der Kapitalmystifi-

22) vgl. Karl Marx, Das Kapital Bd. III, MEW Bd. 25, S. 283 ff.

23) a.a.O., S. 395

24) „Vom Kapital getrennt, ist aber der Produktionsprozeß Arbeitsprozeß überhaupt. Der industrielle Kapitalist, als unterschieden vom Kapitaleigentümer, erscheint daher ... als einfacher Träger des Arbeitsprozesses überhaupt, als Arbeiter, und zwar als Lohnarbeiter.“ a.a.O., S. 395

kation. (25) Tatsächlich allerdings stellt sich hierin nur dar, daß das Kapital de facto zu einer anonymen Macht wird, die sich an Personen nicht mehr festmachen läßt; denn selbst der fungierende Kapitalist wird zum Lohnarbeiter des Kapitaleigners. Dem Kapital als selbstverwertendem Wert ist aber die Form am adäquatesten, in der tatsächlich nicht mehr Personen „das Kapital“ repräsentieren, sondern die Totalität der auf der Basis der Herrschaft des Wertes über den Gebrauchswert sich reproduzierenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die es dann ebenso in ihrer Totalität – und nicht durch *Auswechselln der Spitze* – abzuschaffen gilt. Die „Herrschaft“ des Finanzkapitals ist also selbst noch Schein; realer Schein deshalb, weil es tatsächlich über die abstrakten Formen des gesellschaftlichen Reichtums verfügt; aber dennoch Schein, weil dies nicht die bewußte Verfügung über die Zusammenhänge der Gesamtproduktion impliziert, in denen sich dieser Wert verwerten muß.

Da sich mit der Herausbildung der verkehrten Formen der Konkurrenz auch die Vorstellungen der Menschen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge verkehren, kann kein linearer Zusammenhang hergestellt werden zwischen der „Verschärfung der Widersprüche“ und einem wachsenden Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterklasse; vielmehr sind die Bedingungen dieses Bewußtwerdungsprozeß selbst noch zu untersuchen.

„Logisch“ also bringt das Kapital zugleich mit seinen „letzten Formen“ die falschesten Vorstellungen über sich selbst hervor. *Tatsächlich* aber erscheint das Kapital nie in dieser logisch fertigen Gestalt. Die tatsächliche Durchsetzung der Durchschnittsprofitrate, der tatsächliche Akkumulationsprozeß des Kapitals läßt die in ihm verborgenen Widersprüche immer wieder ans Licht treten: „... gewisse, dieser Produktionsweise eigentümliche Bedingungen ... des normalen Verlaufs der Reproduktion, sei es auf einfacher, sei es auf erweiterter Stufenleiter, schlagen in ebenso viele Bedingungen des anormalen Verlaufs, Möglichkeiten von Krisen um, da das Gleichgewicht – bei der naturwüchsigen Gestaltung dieser Produktion – selbst ein Zufall ist.“ (26) In dem Realwerden der Krise steckt die Möglichkeit, den falschen Schein als Schein zu erkennen. Die „letzte Phase“ des Kapitalismus ist damit nicht deterministisch vorweg zu bestimmen. Solange der Kapitalismus noch besteht, ist der Marxist immer wieder neu auf die zu leistende historisch-empirische Analyse verwiesen, die mehr leisten muß als die Zuordnung von Phänomenen zu vorweg gewonnenen Phasenbestimmungen.

Mit der Feststellung der allseitigen Verschärfung der Widersprüche ist also nicht viel gewonnen. Sie enthebt uns nicht der Aufgabe, zu untersuchen, welche Form diese Widersprüche jeweils historisch konkret annehmen, wie sie sich im Bewußtsein der Produzenten darstellen und warum so und nicht anders. Um ein Ereignis als „notwendig“ definieren zu können, muß man angeben können, warum welche anderen Ereignisse ebenso notwendig nicht eingetreten sind.

In einem solchen Herangehen an die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus löst sich auch ein für die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus unüber-

25) vgl. Michael Mauke, Die Klassentheorie von Marx und Engels, FFM 1971 1, S. 99ff.

26) Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, MEW 24, S. 491

windlicher Widerspruch: daß, obwohl der Kapitalismus angeblich in seine historisch „letzte“ Phase gelangt ist, von einem Anwachsen des revolutionären Bewußtseins zumindest in den europäischen kapitalistischen Ländern nur partiell gesprochen werden kann. Der Verweis auf die manipulative Funktion sozialdemokratischer Ideologien beantwortet die Frage noch nicht, warum denn diese Ideologien so breiten Anklang in der Arbeiterschaft finden.

Die Aussage, der Kapitalismus bewege sich nicht mehr seiner eigenen Basis gemäß, er sei niedergehender, sterbender Kapitalismus, impliziert, daß es eine dem Kapitalismus „gemäße“ Form seiner Bewegung gegeben habe, die nun vorüber sei. Dem entspricht die Identifikation des Kapitalismus „an sich“ mit seiner „konkurrenzkapitalistischen“ Form; also die Annahme, daß die von Marx rein dargestellten Formen des Ausgleichs der Profitrate die Darstellung einer historischen Epoche beinhalten, d.h. realanalytische Aussagen. (27)

Wenn allerdings, wie versucht wurde aufzuzeigen, die heute bestehenden Formen von Konzentration und Zentralisation des Kapitals durchaus noch innerhalb der allgemeinen Kategorien der Kapitalanalyse erklärbar sind, besteht keine Veranlassung, die Geschichte des Kapitalismus schematisch in eine Phase des Aufstiegs und Niedergangs zu unterteilen. Damit stellt sich aber auch die Frage nach der heutigen Rolle des Staates im Kapitalismus, von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Anzeichen der Überlebtheit des Systems gewertet, in anderer Weise.

Damit komme ich zu meiner zweiten These: daß ebenso wie das Monopol als Form des Kapitals, also nicht als wesensmäßig neue Bestimmung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse zu bestimmen ist, ebenso die heutige Erscheinungsweise des Staates nicht irgendeiner Übergangsphase, nicht dem Niedergang des Kapitalismus geschuldet ist, sondern aus dem Kapitalverhältnis selbst erklärt werden kann.

-
- 27) Um noch einem Mißverständnis vorzubeugen: es geht hier nicht um den Nachweis, daß sich „im Kapitalismus gar nichts verändert“ habe. Natürlich setzt sich das Gesetz der Durchschnittsprofitrate *anders* durch, wenn das Kapital sich veränderte Organisationsformen schafft. Es geht darum, aufzuzeigen, daß sich diese Veränderungen erst dann wirklich erklären lassen, wenn man sich über die Implikationen des Wertgesetzes im klaren ist; z.B. über die Implikation der Feststellung, daß sich die Kategorie der Durchschnittsprofitrate auf das gesellschaftliche *Gesamtkapital* bezieht.

Untersuchungen über veränderte Durchsetzungsformen der Durchschnittsprofitrate, die sich auf die Marxsche Analyse beziehen, müssen sich also *zunächst* mit der Frage auseinandersetzen, welche Formen des Abweichens des individuellen Profits vom Durchschnittsprofit von Marx schon entwickelt sind, bevor sie eine „neue Qualität“ des Monopol konstatieren. Soweit ich sehen kann, ist das von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht geleistet worden. Andererseits bleiben die Bestimmungsgründe für diese „neue Qualität“ des Monopols recht vage; sie reduzieren sich im wesentlichen für die Aussage, daß der Monopolprofit nicht mehr „allein“ nach dem Wertgesetz zu erklären sei, sondern noch das Element „ökonomischer Macht“ (was immer das sei) hinzukomme. Konsequenz dieser Position ist allerdings, daß es für die Höhe der individuellen Profite im Zyklendurchschnitt keine allgemeinen Bestimmungsgründe geben kann. Wenn das so ist, kann man sich in seinen Analysen auch nicht mehr auf das Wertgesetz, also nicht auf Marx beziehen. Das muß man ja auch nicht; aber die Konsequenz muß wenigstens klar sein.

Zu 2.:

Dr. Katzenstein hat uns mehrere Definitionen der heutigen Rolle des Staates angeboten: „Der Staat ist ein zentralisiertes Machtinstrument des Gesamtkapitals“; „der Staat ist unmittelbar in den Reproduktionsprozeß und den Verwertungsprozeß des Kapitals einbezogen worden;“ „die staatlichen Eingriffe sind allgemeiner Natur, ... auf die Bewegung und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion *insgesamt gerichtet*“; der Staat ist „Instrument des Monopolkapitals“; „jede staatliche Einwirkung bedeutet eine Einwirkung zugunsten des Monopolkapitals“; „ganz allgemein gefaßt, ist der Staat ein Instrument des Monopolkapitals“; „die staatliche Monopolisierung muß heute auch auf die *Sicherung der Existenz des Systems* gerichtet sein.“ In diesen Aussagen spiegelt sich die Schwierigkeit, den Widerspruch auf den Begriff zu bringen, daß der Staat auf der einen Seite als Klassenstaat, als Interessenvertreter des Monopolkapitals bestimmt wird; auf der anderen Seite aber unmittelbar erkennbar ist, daß diese Interessen – als Interessen von Einzelkapitalen – sich sowohl untereinander unterscheiden als auch von den Anforderungen, die die „Sicherung der Existenz des Systems“ an den Staat stellt. Der Staat ist Klassenstaat, aber auf der anderen Seite ergreift er auch Maßnahmen, die den Interessen einzelner, ja sogar aller Monopole widersprechen; der Staat ist Klassenstaat, dennoch funktioniert er auf der Basis der parlamentarischen Demokratie. Will man die Frage der Staatsform nicht auf der allzu platten Ebene des organisierten Schwindels beantworten (und dann wäre zu fragen, warum sich die Monopole soviel Mühe geben, wo sie doch die Macht haben), dann muß das Verhältnis zwischen der objektiven Funktion des Staates und der Erscheinungsweise seiner Tätigkeit geklärt werden.

Eine weitere Schwierigkeit kommt hinzu. Wenn man, wie Dr. Katzenstein, anhand eines konkreten Falles nachweist, daß der Staat eingreifen *mußte*, hat man noch nicht begründet, warum er es überhaupt *konnte*; aufgrund welcher eigenen Eigenschaften, Strukturen, Entscheidungsmechanismen der Staat überhaupt in die Lage versetzt ist, für den Reproduktionsprozeß wirksame Maßnahmen zu treffen, und *wie weit* die Wirksamkeit dieser Maßnahmen überhaupt geht. Denn weder kann der Staat allmächtig sein – damit wäre die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft aufgehoben; noch kann er völlig wirkungslos sein – denn dann wäre nicht zu begründen, warum sich in den letzten Jahrzehnten die Wirtschaftspolitik zu einem wichtigen Bestandteil der Staatstätigkeit entwickelt hat.

Es muß also bestimmt werden, wo die strukturellen Grenzen des Staatseingriffs liegen, und wie diese aus dem Gesamtsystem der Reproduktion zu erklären sind. Es ist klar, daß ich dies in diesem Referat nicht einmal ansatzweise leisten kann. Ich möchte aber versuchen darzustellen, aufgrund welcher allgemeinen Überlegungen zur Rolle des Staates meines Erachtens diese strukturellen Grenzen zu entwickeln wären.

III. Ansatzpunkte zur Analyse von Form und Funktionen des bürgerlichen Staates

1. Zur Form des bürgerlichen Staates

In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die These vertreten, daß der Staat erst *heute*, unter dem Druck der Systemkonkurrenz, in den Widerspruch geraten sei, sowohl die Interessen der Monopole als auch die des Gesamtsystems vertreten zu müssen; und daß dieser Widerspruch als Zeichen für die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus gewertet werden müsse. Dem entspricht die Vorstellung, daß in der Phase der Konkurrenzkapitalismus die Ökonomie eigentlich „von selbst“, ohne „Eingriff“ des Staates funktioniert habe; und daß diese Form des Funktionierens – und damit auch die eher passive Rolle des Staates, zumindest was die *ökonomische* Reproduktion anging – die dem Kapitalismus „eigentlich“ adäquate sei. Dem entspricht implizit die Annahme, daß die bürgerliche Demokratie des 19. Jahrhunderts die Staatsform sei, die die „Herrschaft der Bourgeoisie“ und *damit* des Kapitals am reinsten zum Ausdruck gebracht habe; die heutige Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Reproduktionsprozeß wird damit zu einer Verfallserscheinung des Kapitalismus in seinem Übergang zum Sozialismus.

Demgegenüber möchte ich die These aufstellen, daß erst die *formale* Einbeziehung aller „Staatsbürger“ in den politischen Willensbildungsprozeß, also die formale Herstellung der Freiheit und Gleichheit aller die dem entfalteten Kapitalismus adäquate Staatsform ist. Gerade dies trifft aber für die Demokratien des 19. Jahrhunderts überwiegend nicht zu: indem sie das Wahlrecht mit dem Besitz verknüpften, schlossen sie von vornherein einen großen Teil der Arbeiterschaft aus der legalen Interessenartikulation aus und zwangen sie, ihre Interessen außerparlamentarisch, außerhalb der organisierten Formen der Willensbildung zu artikulieren: und zwar sogar dann, wenn diese Interessen keineswegs schon systemsprengende, sondern durchaus systeminterne waren.

Um diese These begründen zu können, muß *erstens* gezeigt werden, warum die formale Freiheit und Gleichheit aller als Warenbesitzer notwendige Voraussetzung der Reproduktion des Kapitals ist; warum *zweitens* diese formale Freiheit und Gleichheit durch eine außerhalb der Kapitale organisierte Macht geschützt werden muß sowohl gegen die, die aus der formalen Freiheit und Gleichheit die reale machen wollen, also das Kapitalverhältnis abschaffen wollen, als auch gegen die, die sogar die *formale* Freiheit und Gleichheit abschaffen wollen, damit aber ebenfalls das Kapitalverhältnis abschaffen würden; und warum *drittens* der Widerspruch zwischen formaler Freiheit und Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder einerseits und dem Klassenverhältnis von Kapital und Arbeit andererseits die strukturelle Grenze für die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in den Reproduktionsprozeß bildet. (28)

Der Staat als außerökonomische Gewalt und als Klassenstaat muß aus dem Kapital begründet werden. Zunächst gilt es festzuhalten, daß der Staat als Staat, als Mittel der Herrschaft einer Klasse über die andere, nichts dem Kapitalismus spezifisches ist. Wenn wir also den kapitalistischen Staat als Klassenstaat bezeichnen, haben wir kein Kriterium, das ihn von anderen Formen der Herrschaft von Menschen

28) Vgl. zum folgenden auch: Sybille von Flatow, Freek Huiskens, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, ProKla 7.

über Menschen unterscheidet. Die Frage ist aber, worin diese *Unterscheidung* begründet liegt; wodurch sich der *bürgerliche* Staat von anderen Herrschaftsformen abgrenzen läßt.

Um dahinter zu kommen, wie die spezifischen Charakteristika des bürgerlichen Staates sich im Prozeß der Entfaltung des Kapitalismus herausbilden, ist zunächst zu fragen, wie das Kapital die gesellschaftlichen Beziehungen verwandelt, auf deren Grundlage frühere Staatsformen sich etablierten. Indem das Kapital sich der Produktion bemächtigt, verwandelt es die unfreie Arbeit in Lohnarbeit, damit die sichtbare Aneignung des Mehrprodukts in die unsichtbare Aneignung von Mehrwert.

Die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln bringt den *doppelt* freien Lohnarbeiter hervor; frei von Produktionsmitteln, aber ebenso frei, sich seinen Arbeitsplatz zu wählen und sich als Konsument zu entscheiden.

Daß die Freiheit des Arbeiters in der Wahl seines Arbeitsplatzes nichts anderes ist als die verkehrte Form der Freiheit des Kapitals, von einer Sphäre in die andere zu wechseln, die Freiheit des Konsumenten nichts anderes als die Freiheit des Kapitals zur Realisierung seiner Produkte, ändert nichts an der Tatsache, daß diese Freiheit als im Rahmen der Reproduktion des Kapitals *notwendige* für das Individuum zunächst als subjektive Entscheidungsfreiheit erscheint und auch tatsächlich solche ist. Der Lohnarbeiter ist damit zugleich frei und unfrei: frei als Warenbesitzer auf dem Markt, wo er dem Kapitalisten als gleichberechtigter Vertragspartner gegenübertritt; unfrei in der tatsächlichen Verausgabung seiner Arbeitskraft in der Produktion.

Die kapitalistische Zirkulation als Ort der Vermittlung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Privatarbeiten unterscheidet sich in ihrer *Form* nicht von der einfachen Warenzirkulation; die Gesellschaftlichkeit der Arbeit stellt sich in beiden Fällen hinter dem Rücken der Produzenten her: „Sosehr nun das Ganze dieser Bewegung als gesellschaftlicher Prozeß erscheint, und sosehr die einzelnen Momente dieser Bewegung vom bewußten Willen und besonderen Zwecken der Individuen ausgehe, sosehr erscheint die Totalität des Prozesses als ein objektiver Zusammenhang, der naturwüchsig entsteht, zwar aus dem Aufeinanderwirken der bewußten Individuen hervorgeht, aber weder in ihrem Bewußtsein liegt, noch als Ganzes unter sie subsumiert wird ... Die Zirkulation ... ist auch die erste Form, worin ... das gesellschaftliche Verhältnis als etwas von den Individuen Unabhängiges erscheint.“ (29)

Dieser Bezug der Individuen aufeinander in der einfachen Warenzirkulation wird im Kapitalismus zum die realen Verhältnisse verdeckenden Schein: „Im Ganzen der vorhandenen (d.h. fertigen) bürgerlichen Gesellschaft erscheint dies Setzen als Preise und ihre Zirkulation etc. als der oberflächliche Prozeß, unter dem aber in der Tiefe ganz andere Prozesse vorgehen, in denen diese scheinbare Gleichheit und Freiheit von Individuen verschwindet.“ (30)

Was als notwendige Bestimmung der einfachen Warenzirkulation bleibt, ist die Freiheit der Individuen zu Kauf und Verkauf, die Entscheidungsfreiheit. Was

29) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 111

30) a.a.O., S. 159

neu hinzukommt, ist die Unterscheidung in Klassen von Käufern und Verkäufern; damit aber notwendige Reproduktionsbedingungen des *Produktions*prozesses, die in der einfachen Warenzirkulation ganz außer Betracht bleiben können. Hier genügt es, vorauszusetzen, daß entsprechend dem gesellschaftlichen Bedürfnis produziert wird; wenn das nicht geschieht, dann zufällig. In der kapitalistischen Warenproduktion gibt es angebbare Bedingungen für die Gesamtproduktion: einerseits als Reproduktion der Klassen, andererseits als Reproduktion der Produktionsmittel; zugleich gibt es aus der Art der Produktion herauswachsende Schranken der Entsprechung von Produktion von Konsum in der Schranke der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterklasse.

Das „Aufeinanderangewiesensein“ „der einfachen Warenbesitzer“ konstituiert sich allein auf dem Markt; sie sind als Lieferanten, nicht als Produzenten aufeinander angewiesen. (31) In der kapitalistischen Warenproduktion schlägt diese Angewiesenenheit durch auf den unmittelbaren Produktionsprozeß: der Arbeiter kann mit seiner Ware gar nichts anderes mehr machen als sie an einen *Kapitalisten* (also nicht an ein anderes Individuum, sondern eine andere *Klasse* von Individuen) verkaufen, der Kapitalist muß mit seinem Geld nicht nur mit anderen Kapitalisten, sondern auch mit Arbeitern austauschen: nur der Austausch der *Klassen* untereinander sichert den Prozeß der Gesamtproduktion.

Was sich hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzt, ist nicht mehr abstrakt der „allgemeine gesellschaftliche Zusammenhang“, sondern konkret die Reproduktion des Kapitals als Reproduktion der Klassen.

Der Widerspruch von Produktion und Markt ergibt sich nicht mehr zufällig, sondern als notwendig ableitbar; ebenso seine möglichen Formen, die im Krisenzyklus ihre vollendete Gestalt gewinnen.

Daß das Kapital sich der gesellschaftlichen Reproduktion bemächtigt, heißt also *zum einen* nicht, daß die Charaktermasken des Kapitals, die Kapitalisten, den Produktionsprozeß „beherrschen“ – im Gegenteil. Nehmen in vorkapitalistischen Gesellschaften noch Naturkatastrophen, Epidemien, Mißernten eine zentrale Stelle in der Unbeherrschbarkeit des Produktionsprozesses ein, so ist der Katastrophencharakter der kapitalistischen Produktionsweise gerade Folge der immer stärkeren „Vergesellschaftung“ der Produktion; dies gilt sowohl, was die ökonomischen Prozesse angeht, als auch in bezug auf die Natur, deren „Überwindung“ heute zunehmend die absoluten Schranken der Manipulierbarkeit von Naturprozessen sichtbar werden läßt.

Zum anderen tendiert der oben skizzierte Widerspruch zwischen formaler Freiheit des Arbeiters als Warenbesitzer und realer Unfreiheit als Produzent von Mehrwert für das Kapital aus sich heraus zur Auflösung: entweder nach der einen Seite hin, in der völligen Unterwerfung der Arbeiter; das bedeutet Auflösung des Kapitalverhältnisses, da dies freie (d.h. mobile) Lohn- (d.h. geldbesitzende) -arbeiter (d.h. Nichtbesitzer von Produktionsmitteln) voraussetzt. Wenn die Einzelkapitale sich Teile der Arbeiterschaft voll unterwerfen können, löst sich tendenziell

31) Die „einfache Warenzirkulation“ als Abstraktionsebene der Darstellung im „Kapital“ ist ohnehin nicht als Darstellung einer real existenten Produktionsweise zu begreifen; die Produktion bleibt hier per definitionem außer Betracht.

der Markt auf, damit aber die Bedingung der Reproduktion des Kapitals als Kapital.

Oder nach der anderen Seite hin; als Expropriation der Expropriateure, in der Aufhebung des Kapitalverhältnisses durch Beseitigung der konstitutiven Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln.

Die Gewalt, mittels derer die Arbeiter davon abgehalten werden sollen, das Kapitalverhältnis zu beseitigen, kann also nicht bei den Einzelkapitalen konzentriert sein, da diese dann selbst das Kapitalverhältnis aufheben würden. Die „außerökonomische Gewalt“, d.h. die der Ökonomie *vorausgesetzte* Gewalt, muß also außerhalb der Kapitale zusammengefaßt sein.

Wenn wir also vom Begriff des Klassenstaates ausgehend die Transformation des Staates zum bürgerlichen Klassenstaat untersuchen, stellt sich der bürgerliche Staat dar als Mittel, die spezifische Art und Weise der Reproduktion der Klassen in ihrem Verhältnis zueinander zu garantieren. Damit ist der Staat Teil des Kapitalverhältnisses, dem Kapital begrifflich untergeordnet als Bedingung seiner Reproduktion. Die Klassenherrschaft ist dem Kapital historisch vorausgesetzt; sie ist als *außerökonomische* Gewalt Produkt des Kapitals deshalb, weil die den Bewegungsgesetzen des Kapitals inhärente Freiheit und Gleichheit der Individuen den Widerspruch zwischen dieser Freiheit und Gleichheit und ihren im Kapital liegenden strukturellen Grenzen ständig aufzuheben trachtet. Hinter der Form des gleichen Tausches verbirgt sich die konkrete Ungleichheit der getauschten Waren; hinter Freiheit und Gleichheit der Tauschenden die Tauschbeziehungen von Klassen. Diese Widersprüche bleiben bestehen und produzieren immer wieder Konflikte antagonistischer Natur, die von den Kontrahenten nicht beigelegt werden können.

Die *Form* staatlicher Tätigkeit muß sich auf die Freiheit und Gleichheit der Individuen beziehen; ihr *Inhalt* muß sicherstellen, daß das Klassenverhältnis mit der Reproduktion der Klassen als Klassen erhalten bleibt. Damit verwandelt sich der Staat aus einem Mittel, die Herrschaft einer Klasse über die andere aufrechtzuerhalten, in ein Mittel, die Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft aufrechtzuerhalten. (32)

32) Von dieser Ableitung des bürgerlichen Staates her wären die Kategorien „Basis“ und „Überbau“ zur Bezeichnung des Verhältnisses von Kapital und Staat gesondert zu untersuchen. M.E. erfassen diese Kategorien nur die Oberfläche, d.h. die Erscheinungsweise von „Ökonomie“ und „Politik“ als voneinander getrennte, nicht aber ihren notwendigen, spezifischen Zusammenhang. Die Gesamtheit der Reproduktion des Kapitals stellt sich an der Oberfläche dar als Gesamtheit der ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse: das Verhältnis zwischen der Kernstruktur „unserer kapitalistischen Gesellschaft“ (Kapital Bd. 1, S. 58) und ihrer Erscheinung an der Oberfläche ist also nicht problemlos gleichzusetzen mit den an der Oberfläche erscheinenden Beziehungen von „Basis“ und „Überbau“, „Ökonomie“ und „Politik“. Dies Mißverständnis führt vielmehr dazu, daß die Marxsche Analyse als rein „ökonomische“ mißverstanden wird, die als „Volkswirtschaftslehre“ besonderer Art noch in Beziehung gesetzt werden müsse zu den Ergebnissen anderer „Gesellschaftswissenschaften“.

2. Inhalt und Medien der Staatstätigkeit

Mit der Bestimmung der Funktion des Staates, die Reproduktion des Kapitals zu sichern, sind die Widersprüche, mit denen sich seine Existenz begründen läßt, nicht beseitigt; sie tauchen in neuer Form wieder auf in der spezifischen Art und Weise, in der der Staat diese Aufgabe wahrnehmen muß und kann. Wenn die Funktion des Staates aus dem Kapitalverhältnis heraus bestimmt wird, dann heißt das, daß der Staat als Bestandteil dieses Verhältnisses der Bewegung des Kapitals unterworfen ist, nicht unabhängig von dieser Bewegung agieren kann. Diese Abhängigkeit gilt es nun näher zu spezifizieren.

Es stellt sich also die Frage: wie drückt sich der Widerspruch zwischen formaler Freiheit und Gleichheit einerseits, Herrschaft einer Klasse über die andere andererseits in Form und Inhalt der Staatstätigkeit aus?

In der Form bezieht sich der Staat auf die Warenbesitzer als Gleiche; die Medien seines Eingriffs in ihre Beziehungen müssen also solche sein, die diese Gleichheit zum Ausdruck bringen. Solche Medien sind *zum einen* das *Recht* als Mittel, die formale Gleichheit, die von der Willkür des Kapitals ebenso wie vom Widerstand der Arbeiter ständig bedroht ist, überhaupt aufrechtzuerhalten. Marx stellt dies dar am Beispiel der rechtlichen Festlegung der Länge des Arbeitstags. (33) Die Definition des Gebrauchswerts der Arbeit, die hier vorgenommen wird, stellt die formale Gleichheit von Käufern und Verkäufern dar, indem klargestellt wird, wieviel Arbeit, zeitlich gesehen, das Äquivalent zum Preis von einem Arbeitstag ist. Das *zweite* Medium ist das *Geld*; finanzielle Entscheidungen des Staates beziehen sich formal nur auf die Individuen als Geldbesitzer, erhöhen oder verringern die Menge des Geldes, über die sie verfügen. Damit beschränkt sich der Eingriff des Staates auf die Ebene der Verteilung. Natürlich hat die Verteilung unmittelbar Rückwirkungen auf die Produktion, aber der qualitative *Inhalt* dieser Rückwirkung ist etwas, was sich dem Willensakt des Staates entzieht, was in die Entscheidungsfreiheit des bürgerlichen Subjekts gegeben ist und damit der Konkurrenz unterworfen ist. Z. B. *soll* die jetzt ausgegebene Stabilitätsanleihe das Konsumvolumen senken (ob sie es tatsächlich tut, ist eine zweite Frage); der Konsum *welcher* Waren aber eingeschränkt wird, kann der Staat nicht beeinflussen. Subventionen für die Industrie, Investitionshilfen etc. *sollen* die Produktion ankurbeln; was und mit welchen technischen Mitteln wie auf diese Weise mehr produziert wird, entzieht sich dem Entscheidungsbereich des Staates.

Nun ist aber oben die Sicherung der Reproduktion der Klassen als Aufgabe des Staates definiert worden. Zum einen muß also in der Oberflächenerscheinung der Klassen als unterschiedslose Geldbesitzer ihre strukturelle Ungleichheit schon enthalten sein, damit der Bezug des Staates auf diese Oberflächenerscheinung überhaupt die Reproduktion der Klassen sichern *kann*. Zum anderen müssen Mechanismen wirksam sein, die erlauben, daß der Staat, obwohl er nur mit Geld, also quantitativ, auf den ökonomischen Prozeß einwirken kann, dennoch auf diesem *Wege* qualitative Bedingungen des Reproduktionsprozesses gewährleisten kann: es ist also

33) vgl. Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW Bd. 23, S. 294 ff.

zu fragen, inwieweit der Staat tatsächlich Einfluß nehmen kann auf die stofflichen Zusammenhänge der Produktion, deren strukturelle Vernachlässigung die krisenhafte Wiederherstellung der Übereinstimmung von stofflichen und wertmäßigen Proportionen hervorbringt und auf welchem Wege dies geschieht.

Als Geldbesitzer unterscheidet sich ein Individuum qualitativ nicht vom anderen; sein Anrecht an Beteiligung am gesellschaftlich produzierten Reichtum weicht nur quantitativ ab vom Anrecht anderer Geldbesitzer. Damit erscheinen aber auch die Quellen dieses Geldes, nämlich Kapital und Arbeit, als gleichwertig. Der eine bezieht sein Einkommen eben aus Kapital, der andere aus Arbeit; jeder Hinweis auf die wirkliche Quelle des gesellschaftlichen Reichtums ist ausgelöscht. Dennoch besteht auch auf dieser Ebene eine strukturelle Differenz zwischen der Revenuequelle Arbeit und der Revenuequelle Kapital. Im Profit als Revenue ist die Reproduktion der Revenuequelle, also des vorhandenen Kapitals, immer schon vorausgesetzt; die Arbeitskraft reproduziert sich selbst dagegen immer nur auf gleicher Stufenleiter. Das muß auch so sein; „die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als *Erhaltungsmittel* (Hervorhebung von mir, M.W.) und bei Strafe des Untergangs“, (34) wird dem Einzelkapital durch die Konkurrenz aufgezwungen. Der Arbeiter erhält mit der Produktion des Mehrwerts den vorhandenen Wert, indem er ihn auf die neuen Produkte überträgt. Auf der Oberfläche, auf der Ebene der Verteilung erscheint dies darin, daß als *Einkommen* von Kapital und Arbeit nur der *neuproduzierte* Wert erscheint; nur dieses Neuprodukt – als Nettosozialprodukt der bürgerlichen Ökonomie – ist Gegenstand der Verteilung zwischen den Revenuequellenbesitzern, Gegenstand der Konkurrenz zwischen den Klassen um ihren Anteil am Neuprodukt, Gegenstand staatlicher „Umverteilung“ und Grundlage staatlicher Aufgabenfinanzierung.

Die Reproduktion des Klassenverhältnisses – als Reproduktion des schon existierenden Kapitals im Besitz der Kapitalisten – ist also dem Erscheinen der Geldbesitzer auf dem Markt vorausgesetzt. Der Austausch auf dem Markt findet statt zwischen Warenbesitzern, deren Waren immer schon gratis angeeignete Arbeitskraft enthalten, und Warenbesitzern, deren Ware weniger Wert hat, als sie produzieren kann. Darüberhinaus ist die Bedingung der Reproduktion der Revenuequelle Kapital seine Vermehrung, seine Akkumulation; die Reproduktion der Arbeitskraft ist an keine solche Bedingung geknüpft; bzw. an dieselbe, aber außerhalb ihrer selbst liegende. Der Bezug des Staates auf die Reproduktion von Individuen beinhaltet also immer schon dieses strukturelle Ungleichgewicht der Geldbesitzer; dies Ungleichgewicht bildet zugleich die Grenze der Eingriffsmöglichkeiten des Staates zugunsten der einen oder anderen Klasse.

Von der Notwendigkeit, die Reproduktion der Klassen zu garantieren, lassen sich auf dieser allgemeinen Ebene zunächst nur zwei staatliche Funktionen begründen: zum einen muß der Staat mittels Fixierung von Rechtsnormen verhindern, daß sich die in der Konkurrenz angelegte Tendenz zur Zerstörung der Basis des Systems, d.h. der Existenz der Klasse freier Lohnarbeiter einerseits, der Bewegungsfreiheit des Kapitals andererseits, durchsetzt; der Staat muß also die formal gleiche Einbeziehung aller in die Konkurrenz garantieren.

34) Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 255

Zum zweiten muß er das Medium garantieren, mittels dessen die Tauschprozesse zwischen den Warenbesitzern stattfinden; er muß also die Anerkennung des Geldes als „allgemeines Äquivalent“ gewährleisten. Das Problem von Inflation und Währungskrisen liegt ja nicht zuletzt darin, daß die Unsicherheit, ob das eingetauschte Tauschmittel seine Funktion, Tauschmittel zu sein, auch wirklich morgen noch erfüllt, tendenziell die Zirkulation einschränkt; damit aber, zurückwirkend, auch die Produktion – dieser Effekt ist in der bürgerlichen Ökonomie bekannt als „Flucht in die Sachwerte“. Nur die Garantie des Geldwerts kann es aber ermöglichen, zwischen Kauf und Verkauf ausgedehnte Produktionsprozesse zu schieben ohne die Gefahr, daß inzwischen stattfindende „Wertrevolutionen“ die Produkte tendenziell wertlos machen, damit das Kapital sich aber nicht ver-, sondern entwertet. (35)

Welche Aufgaben dem Staat darüberhinaus zuwachsen können, ist m.E. nur noch konkret-historisch zu bestimmen; was unter jeweils konkreten Bedingungen „allgemeine Produktionsvoraussetzungen“ sind, ist nur in Ansehung der jeweiligen Situation zu analysieren.

Dennoch läßt sich einiges über die *Formen* ausmachen, in denen der Staat solche „allgemeinen Produktionsvoraussetzungen“ erfüllen kann, also die „Existenz des Systems“ garantieren kann.

Als Bedingungen der Gesamtproduktion des Kapitals haben wir erstens ausreichende quantitative Verwertung des Einzelkapitals, zweitens Einhaltung der Proportionen stofflicher Natur, die sich aus der Notwendigkeit von Reproduktion und Akkumulation ergeben, bestimmt. In der Konkurrenz tendiert das Kapital dazu, alle Schranken des Gebrauchswerts zu sprengen; die Krise stellt gewaltsam die Einheit von wertmäßiger und stofflicher Proportionierung wieder her und ermöglicht so den Wiederaufschwung. Wird der Staat als „Garant der Existenz des Systems“ begriffen, dann heißt das, daß ihm ähnliche Funktionen wie die der Krise zugesprochen werden; nämlich Herstellung von für die Gesamtproduktion notwendigen Bedingungen stofflicher Natur bei gleichzeitiger Gewährleistung ausreichender Kapitalverwertung. Der Widerspruch zwischen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen der Reproduktion ist also nicht beseitigt, sondern erscheint in neuer Form, als widersprüchliche Anforderungen an den Staat.

3. Grenzen des „Staatseingriffs“ (36)

Die These, der Staat habe die Reproduktion des Gesamtkapitals zu sichern, wirft zum *ersten* die Frage auf, woher denn die Bedingungen dieser Gesamtproduktion „dem Staat“ – in anderer Weise als den Einzelkapitalen – bekannt sein soll. Die Staatsbürokratie „weiß“ ja ebensowenig wie die einzelnen Kapitale, welches die

35) Hier geht es nicht um die Frage, ob der Staat dies wirklich *kann*, sondern darum, warum ihm bestimmte Aufgaben zugewiesen werden. Das impliziert eben nicht, daß die Widersprüche – z.B. die, die „Inflation“ erzeugen – damit gelöst seien, sondern nennt nur ihre spezifische Bewegungsform: „Dies ist überhaupt die Methode, wodurch sich wirkliche Widersprüche lösen.“ (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 22, S. 118)

36) Vgl. zum folgenden; Volker Ronge, Günter Schmiege, Restriktionen politischer Planung. Diss. München 1972

„objektiv“ erforderlichen systemsichernden Maßnahmen in je konkreten Fällen sind.

Solche „Notwendigkeiten“ erscheinen vielmehr immer erst dann, wenn sie nicht erfüllt worden sind, als Krisen; die Aufgabe des Staates besteht dann darin, die sichtbar werdende Krise sich nicht weiter verschärfen zu lassen. Auch erscheinen diese Defizite nicht als „gesamtgesellschaftliche“, sondern als partikulare; sie verstoßen gegen das Interesse einer Klasse oder einer Gruppe und werden auch erst durch deren Interessenartikulation zur manifesten „Krise“. Ebensovienig ist unmittelbar erkennbar, was nun die – unmittelbare oder fernerliegende – Ursache dieser Krise ist; die auftauchenden Defizite weisen nicht auf einen spezifischen Mangel als ihrer Quelle hin; und das richtigerweise so, da die lineare Konstruktion von Ursache – Wirkung – Ketten an der widersprüchlichen Struktur der Krisenursachen vorbeigeht. Diese Erscheinungsweise eröffnet damit jeder Interessengruppe die Möglichkeit ihrer eigenen Interpretation der Krisenursachen und ihres eigenen Vorschlags zur Behebung der Mängel.

Zweitens impliziert die These, daß der Staat die Gesamtproduktion sichern müsse, daß ihm prinzipiell die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Eben dies ist nicht der Fall. Da der Staat seine Ausgaben aus dem Neuprodukt finanzieren muß, unterliegt er einem chronischen Finanzmangel; chronisch sowohl deshalb, weil es keine logischen Grenzen für möglich zu fordernde Staatsaufgaben gibt, chronisch aber auch deshalb, weil für das Einzelkapital die „langfristig“ herzustellenden Produktionsvoraussetzungen immer einen Abzug von seinem individuell erwirtschafteten Gewinn darstellt.

Drittens ist bei der Analyse staatlicher Tätigkeit zu berücksichtigen, daß es „allgemeine“ Produktionsvoraussetzungen nur auf einer sehr hohen Abstraktionsstufe überhaupt gibt. Tatsächlich kommt die Herstellung solcher „allgemeiner“ Voraussetzungen wie Schulen, Straßen etc. notwendigerweise immer konkreten Kapitalen, konkreten Teilen der Arbeiterschaft zugute; der Staat baut ja nicht allgemein Straßen, sondern immer ganz bestimmte. Insofern ist es sicher richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß die konkreten Maßnahmen des Staates heute eher den großen Kapitalen zugute kommen; das enthebt allerdings nicht der Notwendigkeit, zu analysieren, inwiefern sich in diesen Maßnahmen „allgemeine Notwendigkeiten“ ausdrücken und inwiefern gerade nicht.

Da die Richtung der Gesamtproduktion nicht bekannt ist, können die staatlichen Maßnahmen also nur reaktiv, a posteriori, im trial-and-error-Verfahren versuchen, bestehende Ungleichgewichte wieder auszugleichen. Diese Ausgleichung nimmt notwendig die Form der Gewährung von Vorteilen für einzelne Gruppen an; damit entstehen mit jeder Krise Konflikte darüber, auf wessen Kosten sie zu lösen sei; und zwar nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch zwischen Teilen des Kapitals und innerhalb der Arbeiterschaft.

Wenn gesagt wird, daß der Staat „im Kapitalverwertungsinteresse“ eingreifen müsse, wird unterschlagen, daß dies „Kapitalverwertungsinteresse“ zunächst nicht bekannt ist, sondern nur als in sich widersprüchliches Konglomerat von Einzelinteressen erscheint. Es muß also gezeigt werden können, wie der Staat die Gesamtproduktion unter den oben skizzierten Einschränkungen seiner Möglichkeit zu Infor-

mation, Finanzierung und Durchsetzung von Maßnahmen sichern kann.

Ebenso, wie der Unternehmer am Markt vorbei produzieren kann, weil seine Informationen nicht ausreichen oder sich die Verkaufsbedingungen ändern, ebenso kann der Staat an den notwendigen Reproduktionsbedingungen vorbeiproduzieren. Ebenso wie sich für das Einzelkapital erst ex post herausstellt, ob auf seine Produkte gesellschaftlich notwendige Arbeit verwandt worden ist, ebenso kann auch der Staat erst im Nachhinein feststellen, ob seine Maßnahmen den realen Anforderungen tatsächlich adäquat waren.

Diese Feststellungen werfen nur mit aller Schärfe wieder die Frage auf, wieso das System trotzdem funktioniert; wieso trotz des Fehlens einer über allen Gruppen schwebenden Institution, die in alle Konflikte eingreifen, alle Widersprüche lösen kann, die Probleme der Gesamtreproduktion heute dennoch offensichtlich relativ konfliktfrei, d.h. ohne daß eine revolutionäre Situation in den kapitalistischen Industrienationen unmittelbar in Sicht wäre, gelöst werden?

Auf diese Frage gibt es zwei mögliche Antworten. *Erstens*: die Frage ist falsch gestellt. Die Frage danach, warum das System *trotz* mangelnder staatlicher Planung funktioniert, unterstellt ja schon, was erst zu beweisen wäre: daß der Kapitalismus für sein Funktionieren auf eine ebenso „funktionierende“ staatliche Regulierung angewiesen sei. Demgegenüber kann die These aufgestellt werden, daß die Entwicklung des Kapitalismus seit 1945 nur zu einem sehr geringen Ausmaß überhaupt der staatlichen Politik geschuldet ist; ja, daß der Staat insgesamt eine wesentlich geringere Rolle in der Reproduktion des Kapitals spielt, als es die Erscheinungsformen seiner Aktionen auf der Oberfläche vermuten lassen.

Die *zweite* mögliche Antwort — die der ersten nicht widerspricht — ist die, daß gerade die Form des trial-and-error-Verfahrens die dem Kapitalismus adäquate Form des Staatseingriffs ist; und daß je mehr von seiten der Staatsbürokratie versucht wird, die staatlichen Entscheidungen in eine überschaubare, logisch konsistente Form zu bringen, je mehr versucht wird, „vorweg“ langfristige Programme aufzustellen, die staatliche Tätigkeit zu planen, desto mehr diese Staatstätigkeit in Widerspruch geraten muß zu den realen Anforderungen des sich naturwüchsig entwickelnden Produktionsprozesses.

Es ist schon festgestellt worden, daß das Ineinssetzen von monopolistischem Kapitalismus und „sterbendem“ Kapitalismus die Überlegung nach sich ziehen muß, daß es „außerhalb“ des Kapitals angesiedelte Mechanismen geben muß, die dieses Sterben bisher verhindert haben. Wenn man die These vom sterbenden Kapitalismus in Zweifel zieht, ist auch die daraus gezogene Schlußfolgerung hinfällig. Solange die Revolution nicht stattfindet, muß sich der Kapitalismus weiterentwickeln, und die dafür eingesetzten Maßnahmen des Staates sind nur Mittel unter anderen. Das macht die Frage nicht überflüssig, warum diese Mittel zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt entstehen, relativiert aber die alles und damit nichts erklärende Begründung dieser Erscheinungen aus dem Niedergang des Kapitalismus.

Diese These läßt sich am Beispiel der Weltwirtschaftskrise illustrieren. Die herkömmliche Interpretation der Weltwirtschaftskrise sieht diese als Parafall für die Unfähigkeit des Kapitals an, „aus eigener Kraft“ die Krise umzuwandeln in ein Mittel zum Wiederaufschwung und damit zugleich als Symptom der „allgemeinen Kri-

se des Kapitalismus“. Nach den eben entwickelten Überlegungen besteht aber kein Anlaß, die Kräfte des Staates nicht als „eigene Kräfte“ des Kapitals zu betrachten. Somit ist die Form der Lösung der Weltwirtschaftskrise eine Form des Kapitals, seine Krisen zu lösen, keineswegs aber schon *per se* Anzeichen der Auflösung, des Niedergangs des Kapitalismus, wenn nicht gezeigt werden kann, daß *zugleich* mit der Entwicklung dieser neuen Formen auch die Voraussetzungen für die Entstehung revolutionärer Situationen sich verbessern. Eben dies wird aber von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus *nicht* vertreten. Im Gegenteil: die gegenwärtigen Formen der Krisenregulierung durch den Staat werden als Mittel gesehen, daß die Entstehung revolutionären Bewußtseins *erschwert*; nur so rechtfertigt sich auch die Theorie der antimonopolistischen Demokratie als Übergangsform zum Sozialismus. Man kann aber nicht auf der einen Seite behaupten, der Kapitalismus strebe unaufhaltsam seinem Ende zu (außer als abstrakter Aussage, die dann aber immer gilt), auf der anderen Seite aber konstatieren, daß eine revolutionäre Situation nicht zu gewärtigen sei.

Offensichtlich ist es also notwendig, den Verlauf der Geschichte des Kapitalismus seit 1929 anders zu interpretieren. Ansatzpunkt dazu ist die Bestimmung der Funktion der Krise 1929-33.

Für das Kapital ist die Krise zum einen Zusammenbruch der „normalen“ Verwertung und Realisierung; zugleich aber als Bereinigungskrise Herstellung der Voraussetzungen für erneuten Aufschwung, erneute Weiterentwicklung der Produktion.

Zugleich kann die Krise Ansatzpunkt der Entstehung revolutionären Bewußtseins, damit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sein. Die Krise enthält also immer zwei Momente: die Möglichkeit der Aufwärtsentwicklung des Kapitals und die Möglichkeit seiner Beseitigung. Gleichgültig, ob sich in der Weltwirtschaftskrise diese Alternative tatsächlich historisch gestellt hat; die Tatsache, daß die Revolution *nicht* stattfand, eröffnete dem Kapital die Möglichkeit, durch Vernichtung von Kapital und Menschen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß die Voraussetzungen für eine neue Aufwärtsentwicklung zu schaffen. (37) Krise und Weltkrieg, obwohl in ihrem Gefolge der „Einflußbereich“ des Kapitals sich einschränkte, führten zunächst nicht zu einem Niedergang des Kapitals, sondern zu einer neuen Blüte des Kapitalismus. Die Rolle des Staates in dieser Entwicklung kann wohl nur als ein, und zudem nicht besonders relevanter Faktor betrachtet werden. Die Notwendigkeit, neue Funktionen des Staates als *Ursache* für den gegenwärtigen Verlauf der kapitalistischen Akkumulation anzunehmen, ergibt sich also erst aus der m.E. abgeschmackten These, „ohne“ die staatlichen Maßnahmen könne das Kapital nicht weiterbestehen. Auch dies ist allerdings eine Aussage, die immer gilt. Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß das Kapital sich bis mindestens 1965 in einer expansiven Phase befunden hat, kann die Frage nur noch so gestellt werden, welche Ursachen in den gegenwärtigen Formen der Reproduktion des Kapitals es für die Herausbildung von ökonomischen Funktionen des Staates gibt. Deren *Wirksamkeit* ist aber dann selbst noch innerhalb einer Analyse des Ablaufs des Krisenzyklus heute zu thematisieren, nicht als ein „von außen“ zuge-

37) Vgl. Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus, FFM 1972, S. 200 ff.

füßtes Element. Die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen bestimmt sich dann nicht zuletzt von der Phase des Zyklus, in dem sich das Kapital befindet. In der BRD hat sich z. B. ohne Zweifel erwiesen, daß staatliche Konjunkturpolitik in der Rezession zwar befördernde Wirkung haben kann (obwohl der Weg aus der Krise 1966/67 wesentlich stärker durch den Export ermöglicht wurde), in der Hochkonjunktur aber im wesentlichen auf Seelenmassage bzw. auf Eindämmung von Lohnforderungen beschränkt ist.

Damit komme ich zur möglichen *zweiten Antwort* auf die Frage, warum denn „das System“ trotz der Mangelhaftigkeit politischer Steuerung durch den Staat bisher noch relativ krisenfrei funktioniert hat. Subjektiv stellte sich in der Rezession 1966/67 die Machtlosigkeit des Staates gegenüber der naturwüchsig ablaufenden ökonomischen Prozessen für den Staatsapparat als mangelnde Planungskapazität dar; was lag näher, als zu versuchen, diese zu erhöhen. Dies zu einer „neuen Phase“ zu stilisieren, in der sich die Planmäßigkeit des Kapitalismus erhöht habe, kann allerdings nur dem einfallen, der schon den guten Willen für die Tat nimmt. Inzwischen ist auch denen, die organisatorische Vorschläge zur Umstrukturierung des Staatsapparats zwecks Erhöhung der Planungsfähigkeit zu entwickeln versuchten, klar geworden, daß interne Reorganisationen an den tatsächlichen Beschränkungen staatlicher Planung nichts ändern, diese tatsächlichen Beschränkungen aber Systembedingung sind. So hat sich auch das ursprünglich für die mittelfristige Finanzplanung aufgestellte Ziel der Verzahnung von Aufgaben- und Finanzplanung als undurchführbar erwiesen, weil die Aufgabenplanung ihrerseits zum nicht geringen Teil mit der Frage der Mittelbeschaffung gekoppelt ist: es haben nicht die Aufgaben Vorrang, die aufgrund eines irgendwie zustande gekommenen politischen Programms bestimmt werden, sondern die, mittels derer erst noch das Geld herbeizuschaffen ist, mit dem die anderen zu finanzieren wären. Zumindes ist das ganz deutlich an der Steuerpolitik abzulesen: nicht die Frage, wie eine irgendwie zu definierende Steuergerechtigkeit zu erreichen sei, stellt sich, sondern die, wo man mit den geringsten Widerständen das meiste Geld herkriegt, ohne befürchten zu müssen, daß es einem dafür an anderer Stelle wieder verlorengeht.

So kann man konstatieren, daß das Ziel größerer Unabhängigkeit von den täglichen Wechselfällen der wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem ursprünglich die mittelfristige Finanzplanung konzipiert wurde, weitgehend ad acta gelegt worden ist; der illusionäre Charakter dieser Vorstellung erweist sich nicht zuletzt durch die gegenwärtig ablaufende Währungs- und Wirtschaftskrise.

Man kann sich die Grenzen staatlicher Planung am besten dadurch verdeutlichen, daß man sie mit der Unternehmensplanung vergleicht. Um planen zu können, müssen die vorhandenen Entscheidungsalternativen in eine logisch konsistente Form gebracht werden; d.h. sie müssen in quantitativen Einheiten einer dritten Größe ausdrückbar sein. Beim Unternehmen ist das Planungsziel Gewinnmaximierung; alle Entscheidungen werden in Gewinn oder Verlust von Geld ausgedrückt. Geld als die quantitative Form des Werts ermöglicht es dem Kapitalisten, sich zwischen den sich im qualitativ stellenden Alternativen logisch konsistent zu entscheiden; er beseitigt damit nicht die Widersprüche, gegenüber denen er sich verhalten muß,

aber der so ablaufende Entscheidungsprozeß ist die Form, in der er sich diesen Widersprüchen adäquat verhalten kann. (38)

Der Staat steht vor einem ähnlichen Problem: er muß einander widersprechende Interessen in eine Form bringen, in der sie sich logisch konsistent entscheiden lassen. Voraussetzung dafür ist zunächst, daß die Interessen als quantitative erscheinen; als Interesse an mehr Lohn, mehr Gewinn etc.

Auch dann allerdings sind die vom Staat zu lösenden Aufgaben nicht in sich kommensurabel: es gibt keinen quantifizierenden Maßstab, nach dem entschieden werden könnte, ob es „besser“ ist, eine Schule oder eine Autobahn zu bauen. Und auch wenn innerhalb eines Bereichs scheinbar Quantifizierbarkeit und damit Komensurabilität von Entscheidungen hergestellt ist (die Fragwürdigkeit der hierfür eingesetzten „Kosten-Nutzen-Analysen“ braucht nicht weiter erläutert zu werden), sagt die so gefundene Entscheidung noch nichts über ihre politische Durchführbarkeit aus; die staatlichen Instanzen müssen sich z.B. nicht nur fragen, welches die billigste Form der Organisation von Ausbildung ist, sondern auch, welche sie sich politisch „leisten“ können.

Hinzu kommt, daß die Forderung nach staatlicher Planung immer dann auftritt, wenn der „Selbstlauf“ des ökonomischen Prozesses nicht mehr alle Bedürfnisse zu befriedigen scheint. Solange z. B. in der BRD die konjunkturelle Entwicklung mehr Lohn *und* mehr Gewinn ermöglichte, war nicht Planung, sondern laissez faire der Schlachtruf. Vom Staat wird also gerade dann Eingreifen verlangt, wenn die Interessen der Klassen und Gruppen als widersprüchliche sichtbar werden: es wird von ihm verlangt, die Interessen einer Gruppe oder Klasse systematisch denen der anderen unterzuordnen. In dem Maße, in dem der Staat dies tut, muß er allerdings gegen einen anderen Imperativ verstoßen: nämlich dem, die „Zufriedenheit“ aller mit dem System, d.h. den Schein von Freiheit und Gleichheit aufrechtzuerhalten, der Voraussetzung für die Reproduktion des Kapitals ist.

Der Begriff der „Systemsicherung“ als dem auf der Ebene des Einzelkapitals angesiedelten Begriff „Gewinnmaximierung“ vergleichbaren staatlichen „obersten Ziel“ verdeckt eher diese Grenzen der Planung, als daß er sie erhellt.

Er suggeriert den Staat als „Auffangbecken“ für die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, durch dessen Eingreifen das System tatsächlich „gerettet“ werde, und sitzt damit der Oberflächenerscheinung der Trennung von eigengesetzlichem ökonomischen System und „von außen“ eingreifendem Staat noch auf.

Begreift man stattdessen die staatlichen Entscheidungen als integralen Bestandteil des Gesamtsystems der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft, dann liegt es nahe, anzunehmen, daß gerade nicht ein in sich konsistentes System staatlicher Planung gerade nicht „gezielte“ staatliche Eingriffe, sondern der vorfindliche, auf den ersten Blick chaotisch erscheinende Prozeß der Entscheidungsfindung – partikularisiert in verschiedenen Ministerien, ohne ausreichende Koordi-

entlich zu sagen, daß hiermit weder gemeint ist, daß dies immer „klappt“, noch daß die Entscheidungsprozesse im Unternehmen realiter sich so linear darstellen; auch sagt der Blick auf dem Markt natürlich nicht immer etwas über die immanente Rationalität des betriebsinternen Entscheidungsprozesses aus.

nation, ohne gegenseitige Information, z.T. mit bewußter gegenseitiger Behinderung – genau der ist, auf dem nur einigermaßen sichergestellt werden kann, daß genug Raum für die Berücksichtigung widersprüchlicher Interessen gelassen wird.

Andererseits kommt natürlich der Staat nicht zufällig heute in die Situation, seine eigenen Aktivitäten planen zu müssen: je mehr gesellschaftliche Bereiche von staatlicher Tätigkeit tangiert werden, desto mehr ist der Staat auf Planung angewiesen, wenn er sich nicht ständig selbst konterkarieren will.

Je umfangreicher und komplexer die Aufgaben sind, die dem Staat zugewiesen werden, je mehr sie sich nicht nur abstrakt, sondern konkret auf den Gesamtzusammenhang der Produktion beziehen müssen, desto mehr ist es also erforderlich, daß er seine Entscheidungsprozesse gegen partikulare Interessen „abriegelt“.

Die organisatorische Form, in der diese Abriegelung stattfindet, ist die Bürokratisierung; in der staatlichen Bürokratie schafft sich das Kapital die Instanz, die relativ losgelöst von den einander widersprechenden Gruppeninteressen ein „Systeminteresse“ formulieren soll. Die strukturellen Grenzen eines solchen „bewußten Systeminteresses sind schon aufgezeigt worden; dennoch erfordert auch diese eingeschränkte Möglichkeit der Artikulation und Durchsetzung von Gesamtzielen eine eigenständige Organisation.

Je mehr nun die staatliche Bürokratie versucht, eine straff organisierte, einen „einheitlichen Willen“ zum Ausdruck bringende Entscheidungshierarchie herzustellen, desto mehr muß sie sich von der Einflußnahme durch außerhalb liegende gesellschaftliche Interessen abschließen; denn diese Interessen sind in sich widersprüchlich und können auch im Widerspruch zu langfristigen „Systemzielen“ stehen.

Andererseits ist aber der Staat für die Planung und Durchführung eigener Maßnahmen auf Informationen „von außen“ angewiesen. Das System parlamentarischer und verbandlicher Interessenartikulation macht es ja überhaupt nur möglich, zu erfahren, wo mögliche Konflikt- und Krisenherde liegen; ohne dieses Wissen ist aber kein Krisenmanagement möglich. Je mehr kontroverse Interessen also auf den staatlichen Entscheidungsprozeß einwirken, desto wahrscheinlicher ist es, daß die beschlossenen Maßnahmen im Sinne einer langfristigen Planung nicht „rational“ sind; je weniger aber solche Interessen an der Erarbeitung von Entscheidungen beteiligt sind, desto weniger sind diese Entscheidungen tendenziell durchsetzbar. Mit der Einrichtung eines in sich rationalen Planungsverfahrens hindert sich also die Bürokratie selbst daran, in der Gesellschaft vorhandene Interessen zu berücksichtigen; sie plant an den von Planung Betroffenen vorbei. Das Anwachsen von Bürgerinitiativen kann als Reaktion auf solche staatliche Planung begriffen werden; als Versuch, die in einem „konsistent“ formulierten Planungsprogramm notwendig nicht berücksichtigten Interessen nachträglich einzubringen.

Wir können also zusammenfassen: auf der einen Seite erfordert die Sicherung der Reproduktion des Kapitals, die Interessen der Individuen an Erhaltung ihrer Revenuequellen in den staatlich organisierten Entscheidungsprozeß einzubeziehen. Die mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts vollzogene Einbeziehung der Interessen der Arbeiter an Reproduktion ihrer Arbeitskraft macht für gerichtig jeden gesellschaftlichen Bereich prinzipiell zum Gegenstand staatlicher Politik. Alle zwischen Arbeit und Kapital auftretenden Konflikte erscheinen

als durch den Staat entscheidbar; alle ökonomischen Prozesse erscheinen als durch den Staat determinierbar. Daß dies nur Schein ist, daß die staatlichen Aktivitäten als Bestandteile der Reproduktion des Kapitals selbst abhängig sind von deren naturwüchsigen Verlauf, wurde versucht aufzuzeigen. Dennoch ist die Institutionalisierung dieses politischen Entscheidungsprozesses Basis sowohl für die „Sozialstaatsillusion“ als auch für die These der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch Einbeziehung des Staates in den Reproduktionsprozeß“ erhalte die Arbeiterklasse mehr Möglichkeit, die staatlichen Aktivitäten in ihrem Interesse zu beeinflussen. Das stimmt, wenn Beeinflussung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft gemeint ist; aber dieser Einfluß bleibt innerhalb der Reproduktionsbedingungen der Klasse als Klasse im Kapitalismus; er bleibt im Rahmen der Reproduktionsbedingungen des Kapitals, wie sie auf der Oberfläche erscheinen.

Die Grenze zwischen solchen „immanenten Interessen“ und dem Interesse an Beseitigung des Ausbeutungssystems selbst ist allerdings immer fließend; nur darum ist ja die „außerökonomische“ Gewalt des Staates notwendig. Die integrierte „systemimmanente“ Interessenartikulation erfaßt, wie versucht wurde zu zeigen, immer nur die Oberflächenerscheinung der real vorhandenen Widersprüche; sie kann daher die Konfliktursachen nicht beseitigen. Das führt dazu, daß an der Basis die scheinbar integrierten Interessen sich immer wieder geltend machen, der Widerspruch zwischen der Reproduktion des Gesamtsystems als Reproduktion des Kapitals und den Interessen des Kapitals auf der einen Seite, der Arbeiterklasse auf der anderen Seite immer wieder aufbricht. Die anderen *Formen*, die diese Widersprüche unter heutigen Bedingungen der Gesamtproduktion annehmen, berechtigen m.E. noch nicht dazu, vom „Ende des Kapitalismus“ zu sprechen, wenn nicht gezeigt werden kann, daß diese Widersprüche nicht nur abstrakt „zur Auflösung drängen“ – das tun sie immer – sondern konkret-historisch dieser Auflösungsprozeß wirklich stattfindet.